

NRW / Städte / Rheinberg

Salz-Abbau in Xanten und Alpen

CDU reagiert „erschüttert“ auf Brief von K+S

25. September 2020 um 21:47 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten



Salz-Abbau (Symbolbild). Foto: Sebastian Peters

Xanten/Alpen. Xanten, Alpen und eine Bürgerinitiative fordern von K+S, dass der Konzern die Bevölkerung schon jetzt mehr über den weiteren Salz-Abbau informiert. Aber die Firma lehnt eine Bürgerversammlung zum jetzigen Zeitpunkt ab. Die Alpener CDU kann das nicht verstehen.

Von Markus Werning

Verantwortlicher Redakteur Xanten/Rheinberg.

Die CDU in Alpen zeigt sich „erschüttert“ von der Antwort des Bergbau-Konzerns K+S auf die Bitte nach mehr Informationen zum weiteren Salz-Abbau in der Region. „Wenn sich jemand nicht ausreichend informiert fühlt, dann kann nur derjenige selbst bewerten, ob er ausreichend informiert ist“, schreibt der Alpener CDU-Vorsitzende Sascha van Beek in einer Stellungnahme an die Redaktion. „Und offensichtlich besteht dieser Bedarf nach weiteren Informationen bei den Verantwortlichen in den Kommunen und bei der Bürgerinitiative.“ Deshalb könne K+S den Vorwurf, dass der Konzern zu wenig informiere, auch nicht zurückweisen. „Faktisch wird nicht ausreichend informiert.“

Zur Vorgeschichte: Der Konzern will sein Abbaugelände zwischen Rheinberg, Alpen und Xanten erweitern. Dafür muss von der Bezirksregierung Arnsberg als Bergbehörde ein neuer Rahmenbetriebsplan genehmigt werden. Das Unternehmen will schon vorher die Lagerstätten unterhalb von Birten erkunden. Die Stadt Xanten, die Gemeinde Alpen und die Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten beklagen, dass K+S darüber die Öffentlichkeit zu wenig informiere. In einem offenen Brief forderten sie kurzfristig eine Bürgerversammlung zu der geplanten Erkundung von Lagerstätten unterhalb von Birten. Das lehnte das Unternehmen ab. Informationsversammlung seien „zu gegebener Zeit“ geplant, wenn weitere Gutachten zur Erweiterung des Abbaugeländes vorlägen, schrieben Hans-Heinrich Gerland und Ralf Hegemann vom Steinsalzbergwerk Borth in einer öffentlichen Antwort. Das Bergwerk gehört zum Konzern.

JETZT NEWSLETTER BESTELLEN



Vom **Chefredakteur** persönlich: Im kostenlosen Newsletter "**Stimme des Westens**" lesen Sie jeden Morgen, welche Themen die Region bewegen

E-MAIL-ADRESSE *

Sie können den Newsletter jederzeit abbestellen.

„Auch wenn zum jetzigen Zeitpunkt vielleicht noch nicht umfassend informiert werden kann, sollte K+S die Chance nutzen, Transparenz durch einen Dialog zu schaffen“, forderte der CDU-Politiker van Beek. Dadurch signalisiere der Konzern, dass er die Sorgen und Nöte der Bevölkerung ernst nehme. „Daher meine dringende Bitte an K+S, den Austausch mit den Verantwortlichen in den betroffenen Kommunen und den Bürgern nicht nur als Pflichtaufgabe in einem Genehmigungsverfahren, sondern wirklich als wichtiges Handeln für ein lokal verankertes Unternehmen zu sehen.“

In der Antwort von Gerland und Hegemann könne er dagegen „den Willen zu einem konstruktiven Miteinander nicht erkennen“, schrieb van Beek weiter. Dass die beiden Kommunen und die Bürgerinitiative ihr Anliegen über einen öffentlichen Brief formulieren müssten, zeige, wie in der Vergangenheit mit der Bitte nach Informationen umgegangen worden sei. „Wenn wir langfristig die Nachteile für Mensch und Umwelt mit den wirtschaftlichen Vorteilen für unsere Region in Einklang bringen wollen, dann braucht es dringend dieses konstruktive Miteinander in der Zukunft.“
